Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliches Redaktionsmitglied Fritz Reinhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 68

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.00 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 13.00 Mk., monatlich 4.50 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Fehler infolge undeutlichen Manuskripts nicht deutlich lesbar ist, können wir keine Gewähr übernehmen. Auch können Anzeigen nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 143 — Donnerstag, den 24. Juni 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Kabinettskrise ist noch immer nicht gelöst, der heute zusammentretende Reichstag muß sich einstweilen ohne Regierung behelfen.

*

Die Lage im Saargebiet verschlimmert sich erneut infolge weiterer Gewaltmaßnahmen der Franzosen.

*

Eine von den Alliierten in der Entwaffnungsfrage an Deutschland gerichtete Note soll den deutschen Empfindungen insofern Rechnung tragen, als sie die Erhöhung der Polizeitruppe von 80000 auf 150000 Mann gestattet.

*

Die französische Regierung wird, wie es heißt auf die Entsendung eines Berufsdiplomaten nach Berlin verzichten und es vorziehen, eine mit wirtschaftlichen und finanziellen Fragen betraute Persönlichkeit zu ernennen.

*

Im polnischen Staatsrat wurden die Gesamtschadenersatzforderungen Polens an Deutschland auf 21 Milliarden polnische Mark, an Oesterreich auf 18¼ Milliarden polnische Mk. festgesetzt.

*

Im Senatsausschuß in Washington teilte Staatssekretär Colby mit, Amerika erhebe keinen Anspruch auf Aburteilung der deutschen Kriegsbeschuldigten.

Ein neuer Wendepunkt in der Kabinettsfrage.

Aussicht auf Klärung?

Reichskanzler Fehrenbach hatte für gestern abend 8 Uhr die Führer der Demokraten und der Deutschen Volkspartei nochmals zu sich geladen. Nach einer Information aus Kreisen der Zentrumsfraktion von gestern nachmittag 6 Uhr hofft Fehrenbach trotz der neuen Schwierigkeiten, die Kabinettsbildung heute spätestens zustande zu bringen.

Im Depeschenteil unserer gestrigen Ausgabe bereits teilten wir mit, daß neue Schwierigkeiten die Kabinettsbildung bedrohen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte sich am Dienstag in ihrer Sitzung mit der Frage der grundsätzlichen Stellungnahme zu der in Bildung begriffenen neuen Regierung beschäftigt. Nachdem Hermann Müller und Löbe über die bisherigen Verhandlungen berichtet hatten, wurde nach mehrstündiger Debatte, an der etwa 20 Redner sich beteiligten, gegen 5 Stimmen beschlossen, bei der Vertrauensabstimmung, die der Abgabe der Regierungserklärung folgen wird, Stimmenthaltung zu üben. Die Fraktion glaubt bei Erwägung aller Gegengründe nicht weiter gehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, in der Mitglieder der Deutschen Volkspartei sind, mit ihrer Auffassung nicht verträgt. Die Fraktion erklärt, ihre Stimmenthaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spa keine Schwierigkeiten erwachsen. Die demokratische Fraktion erklärte daraufhin, es sei klar, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments getragen in Spa verhandeln könne, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebilligt werden könne und man vor einer ganz neuen Situation stehe. Von diesem Beschluß wurde dem Parteiausschuß Kenntnis gegeben, der auch angesichts der neuen Situation das der Fraktion ausgesprochene Vertrauen ausdrücklich erneuerte. Eine zweite Schwierigkeit liegt in der von der Deutschen Volkspartei aufgeworfenen Frage der Besetzung gewisser Ministerien. Diese Schwierigkeit scheint die geringere zu sein und wird sich voraussichtlich überwinden lassen. Neuere amtliche Informationen liegen nicht vor, man kann aber wohl sagen: Man hat mit den Verhandlungen über die Bildung der Regierung so ungefähr wieder von vorn anfangen müssen und es fragt sich, ob nun nicht eine ganz neue Phase eingetreten ist, die Fehrenbach veranlassen könnte, seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückzulegen. Einstweilen hat es freilich den Anschein, als ob er dies nicht zu tun beabsichtige, denn er setzte gestern, am Mittwoch, seine Bemühungen in der Kabinettsbildung fort. In parlamentarischen Kreisen hofft man, daß trotz aller neuen Schwierigkeiten der neue Block der Mitte die Regierung übernehmen wird. Da die Demokraten ihre Stellungnahme von der Stellungnahme der Mehrheitssozialisten abhängig gemacht haben, liegt nach wie vor die Lösung der Krise bei den Mehrheitssozialisten.

Gestern vormittag verhandelte Fehrenbach erneut mit den Parteiführern und infolge der jüngsten Wendung sind auch sämtliche Fraktionen des Reichstages gestern zusammengetreten. In der Demokratischen Fraktion wurde über die Verhandlungen Kochs und Petersens mit Fehrenbach berichtet. Der Reichskanzler war danach der Ansicht, daß der bürgerliche Block der Mitte eine tragfähige Mehrheit nicht bekommen kann, wenn nicht in irgendeiner Form noch zwischen den Mehrheitssozialisten und der Koalition eine Brücke geschlagen wird. Wie Fehrenbach, so dürfte auch Reichspräsident Ebert seinen ganzen Einfluß bei den Mehrheitssozialisten einsetzen, um sie umzustimmen. Gestern nachmittag hatten die Mehrheitssozialisten Fraktionssitzung. Wenn die Mehrheitssozialisten von ihrer Stellungnahme in irgendeiner Form abrücken, dürften die Demokraten zum Nachgeben bereit sein. Sie dürften sich der Ansicht nicht verschließen, daß bei den Verhandlungen in Spa eine starke Regierung das Deutsche Reich vertreten muß. Man rechnet wohl nicht damit, daß die Mehrheitssozialisten jetzt für die Zeit der Spaer Verhandlungen das Vertrauensvotum in Aussicht stellen. Man hofft aber besonders in demokratischen Kreisen, daß die Mehrheitssozialisten in diesem Punkte eine andere Formulierung finden, die es ermöglicht, eine Brücke von den Demokraten zu den Mehrheitssozialisten zu schlagen. Die Demokraten traten am Abend zu einer neuen Sitzung zusammen, um sich mit dem Ergebnis der neuen Beratungen der Mehrheitssozialisten zu befassen. Auch die Deutsche Volkspartei hat sich gestern früh mit der Lage beschäftigt. Das Zentrum brachte vormittag zum Ausdruck, daß es nicht geneigt sei, Dr. Wirth und Gieseberts aufzugeben. Die Deutsche Volkspartei ist der Ansicht, daß man unbedingt über die Verhältnisse hinwegkommen müsse. Aus diesem Grunde dürfte sie bereit sein, sich mit der Besetzung des Justiz-, Schatz- und Wirtschaftsministeriums, die für sie in erster Linie in Frage kommen, zufrieden zu geben. Wiedfeld hat jetzt endgültig abgelehnt, das Reichswirtschaftsministerium zu übernehmen. Außer ihm und Melchior hat auch Voegeler die Uebernahme eines Amtes abgelehnt, doch wird erwartet, daß die Verhandlungen mit anderen Persönlichkeiten zu einem Ergebnis führen werden.

*

Gestern nachmittag ging im Reichstag das Gerücht, daß die Bildung einer sozialistischen Regierung versucht werden solle. Das Gerücht schien von unabhängiger sozialistischer Seite auszugehen. Das Berl. Tgbl. nennt das Kabinett Fehrenbach einen Trümmerhaufen. In der Voss. Ztg. heißt es, es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Reichskanzler Fehrenbach doch noch den Auftrag der Kabinettsbildung zurückgebe. Jedenfalls wird es neuer und sehr schwieriger Verhandlungen bedürfen, um aus der durch den Parteiegoismus der Sozialdemokraten geschaffenen Sackgasse irgend einen Ausweg zu finden.

Die Sozialdemokratie beansprucht den Präsidentenposten.

Wie der Vorwärts mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig beschlossen, Anspruch auf den Präsidentenposten des Reichstages dringend zu erheben und dafür den ehemaligen Vizepräsidenten Löbe vorgeschlagen.

Richtlinien für Spa.

Aus zuverlässiger parlamentarischer Quelle wird gemeldet: Reichskanzler Fehrenbach stellte in den Gesprächen mit den Parteiführern die Richtlinien für die Konferenz in Spa auf. Er erklärte als die Aufgabe des neuen Kabinetts, von den Alliierten die finanzielle Prüfung des Versailler Vertrages zu verlangen.

v. Lersner über die Aufgaben der neuen Regierung.

Reichstagsabgeordneter Freiherr v. Lersner, der früher Vorsitzender der deutschen Friedensdelegation in Frankreich war, hatte mit dem Vertreter der Chicago Tribune eine Unterredung, in der v. Lersner zunächst das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung als bedauerlich bezeichnete und dann betonte, daß man nunmehr schnellstens zur Bildung eines zielbewußten Ministeriums der bürgerlichen Parteien schreiten müsse. Frage: Welche innerpolitischen Hauptaufgaben wird dieses Ministerium zu bewältigen haben? Antwort: Vor allem die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Deutschland. Sofort muß der Wiederaufbau unseres Vaterlandes in Angriff genommen werden, namentlich der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens. Für uns muß in erhöhtem Maße der amerikanische Wahlspruch gelten: Weniger verbrauchen, mehr produzieren. Frage: Welche außenpolitische Aufgaben halten Sie für die dringlichsten? Antwort: Eine ehrliche klare Außenpolitik. Bisher hat die deutsche Regierung immer betont, daß sie den Friedensvertrag von Versailles ausführen will. Ich kann nicht anders sagen, als daß dies kein ehrliches Programm ist. Weder im Inland, noch im Ausland, auch noch bei der Entente gibt es heute einen vernünftigen Menschen mehr, der den Versailler Friedensvertrag für ausführbar hält. Die neue deutsche Regierung hat daher meines Erachtens die heilige Pflicht, klar und deutlich zu erklären, daß der Vertrag von Versailles unausführbar, unmöglich ist. Sie muß klar und unumwunden aussprechen, daß eine Revision des Friedensvertrages das Hauptziel unserer gesamten auswärtigen Politik ist. Frage: Glauben Sie, daß die Entente mit einer deutschen Regierung verhandeln wird, die dieses Programm verkündet? Antwort: Ich weiß es nicht, aber ich hoffe es. Wie schon gesagt, ist bei weitem der größte Teil der Entente schon heute selbst von der Unmöglichkeit des Versailler Vernichtungsfriedens überzeugt. Die Entente muß einsehen, daß es ihr ureigenster Vorteil ist, wenn sie eine ehrliche Regierung in Deutschland unterstützt.

Die deutschen Lieferungen an den Verband.

Die Nationalztg. veröffentlicht auf Grund zuverlässiger Informationen einiges über die von Deutschland neuerdings geleisteten Wiedergutmachungen. Danach betrug die Kohlenlieferung an die Entente mit Ausnahme des schlesischen Kohlenbezirks im Monat Mai 938 546 Tonnen, d. h. bei 23 Arbeitstagen im Mai 40 800 Tonnen pro Arbeitstag. Der Wiedergutmachungsausschuß hat nach den Bestimmungen des Friedensvertrages Verzeichnisse über diejenigen Sachen zu überreichen, die er von Deutschland geliefert zu haben wünscht. Diese Verzeichnisse sind aber bisher noch nicht vollständig überreicht worden. Vorverhandlungen haben lediglich wegen Lieferung von Saatgut (Hafer, Gerste) und Zuckerrübensamen stattgefunden. Vereinbarungsgemäß sind an Frankreich bereits 5000 Tonnen Saathafer und 15 000 Tonnen Saatgerste, an Belgien 250 Tonnen Saathafer und 50 Tonnen Saatgerste im März geliefert worden. Die Lieferung von Zuckerrübensamen wurde auf 1 100 000 Kilogramm festgesetzt. Hiervon sind 400 000 Kilogramm sofort geliefert worden, 700 000 Kilogramm sind am 9. Februar den Franzosen zur Abnahme zur Verfügung gestellt worden. Die Franzosen verzögerten jedoch die Abnahme, so daß der Termin des Abtransports in die Ruhrunruhen fiel und die Sendungen erst Anfang April an der französischen Grenze ankamen. Frankreich verweigerte zunächst die Abnahme, weil es zur Aussaat zu spät sei, hat dann aber doch noch 500 000 Kilogramm abgenommen. Für 200 000 Kilogramm hat es die Annahme verweigert. Nach dem Urteil deutscher Sachverständiger konnte damals sehr wohl noch ausgesät werden. Die Annahmeverweigerung war also unberechtigt.

Frankreich verlangt ferner die Lieferung von Forstpflanzen und Forstsamen in einer Menge von 230 Millionen Forstpflanzen und 200 Millionen Kilogramm Forstsamen. Die Lieferung soll im Frühjahr 1921 beginnen und bis 1930 beendet sein. Die hierzu nötigen Vorarbeiten der Aussaat und Aufzucht sind bereits eingeleitet. Die belgische Abnahmekommission soll ungewöhnlich hohe Qualitätsansprüche an das abzuliefernde Vieh, namentlich die Pferde, stellen. Von den ihnen vorgestellten Pferden aus den besten Zuchtbezirken des Rheinlandes sind von der belgischen Kommission 27, 49 und 58 Prozent zurückgewiesen worden, kürzlich in Dortmund sogar sämtliche 239 Pferde. Dabei verlangen die belgischen Kommissionen für die Sonderklasse solche Pferde, die auf den belgischen Ausstellungen um die Championatpreise in Wettbewerb treten könnten. Solche Forderungen finden im Friedensvertrag keine Begründung und stehen im Widerspruch mit den getroffenen Vereinbarungen, nach denen Durchschnittspferde zu liefern sind.

Die Etatdebatte in der Volkskammer.

Präsident Fräßdorf eröffnete die gestrige Sitzung mit der Begrüßung des neu eingetretenen Abgeordneten Justizrat Dr. Adler-Döbeln (Dtschnat.). Der erste Punkt, Beiräte bei den Bergämtern und Berginspektionen, wurde von der Tagesordnung abgesetzt und auf heute vertagt, um die Etatberatung zu Ende zu führen. Abg. Müller-Leipzig (Unabh.) polemisierte sowohl gegen den Finanz-, wie gegen den Justiz- und Kultusminister, in deren Geschäftsbereichen Verfahren geübt werden, die sich zum Teil gegen die eigenen Anordnungen der Minister richteten. Unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien nicht allein eine Folge der alten Kriegs-, sondern auch der neuen rechtssozialistisch-demokratischen Friedenspolitik. Abg. Zeller (Dtschnat.): Die über die ziellose Finanzpolitik im Reich und in den Einzelstaaten ausgesprochenen Befürchtungen seien eingetroffen, die Staats- und Privatwirtschaft erschüttert und der Kredit des Staates gesunken. Alle Eingriffe in die Produktion müßten fallen und der Export gehoben werden. Leider versage die Reichsausfuhrstelle, die der deutschen Industrie den Wettbewerb auf dem Weltmarkt unterbinde. Dem Staat und den Gemeinden sei das finanzielle Rückgrat gebrochen. Die vom Reich empfohlenen Steuern, wie Schank-, Gewerbe- und Grundsteuern, wirkten erdrosselnd. Bemüht bleiben müsse man, den Beamtenapparat nicht unnötig zu erhöhen. Die Vermehrung der Schulden um 467 Millionen in 12 Monaten sei recht bedenklich. Zur Aufrechterhaltung der Rechtspflege sei eine vermehrte Zahl der Richterstellen notwendig. Die Mehreinstellung für die Landwirtschaft begrüße er. Eine weitere Förderung der landwirtschaftlichen Fachschulen müsse ins Auge gefaßt werden. Das Gebot der Stunde aber sei: Die Produktion jetzt zu steigern, hochwertige Futtermittel müßten beschafft werden und die Zwangswirtschaft fallen.

Ministerpräsident Buck:

äußert sich zu einigen Ausführungen des Vorredners. In seinem Amt lasse er nicht den Parteimann, sondern den Beamten des Staates sprechen. Er verleugne nicht seine Parteiangehörigkeit. Mit allen, die willens sind, wird ein Aufbau unseres Landes möglich sein.

Finanzminister Dr. Reinhold:

Leider seien die Warnungen des sächsischen Finanzministeriums, die finanzielle Landesorganisation zu